

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

121 (26.5.1922)



# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 28 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M monatlich. — Einzelnummern 1 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einspaltige Kolonelleise 3.40 M, auswärts 4.— M. Die Restzeile 15.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Um das Reparationsproblem

#### Differenzen im Reichskabinett

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, haben sich bei den Beratungen des Reichskabinetts, die am Montag und Dienstag stattfanden, ernsthaft Schwierigkeiten ergeben, die mit den Verhandlungen des Finanzministers Dr. Hermes in Paris zusammenhängen. Eine kritische Zuspitzung der Situation ist dadurch vermieden worden, daß sich das Kabinett einigte, zunächst einmal vor weiteren Beschlüssen die Rückkehr des Finanzministers am Donnerstagabend abzuwarten. Die abgebrochenen Beratungen werden nach der Ankunft von Dr. Hermes fortgesetzt werden, da bereits am Freitag vormittag der Auswärtige Ausschuss sich mit den Pariser Verhandlungen beschäftigen soll. Ueber die bisherigen Ergebnisse der Pariser Verhandlungen und ihre Auswirkung auf die Beratung im Reichskabinett sind jetzt, wie es scheint, Einzelheiten in weitere Kreise gedrungen. Da ein Blatt den Bericht einer Korrespondenz darüber wiedergibt, halten wir uns für befugt, das darüber mitzuteilen, was uns seit mehreren Tagen bekannt ist. Es handelt sich um folgendes:

In den Verhandlungen, die Dr. Hermes in Paris mit der Reparationskommission führte, ist ein von dem englischen Delegierten Bradbury herrührender Vorschlag erörtert worden, der als Grundlage für die Verhandlungen des europäisch-amerikanischen Anleiheauschusses zunächst eine Bilanzierung des deutschen Budgets vorsetzt. Sie sollte erreicht werden durch Verringerung der Ausgaben und Schaffung neuer Einnahmen, und zwar sowohl durch die Aufhebung einer inneren Anleihe wie möglichenfalls durch die Schaffung neuer Steuern. Die Hauptsache war anscheinend die Forderung, daß die Notenausgabe gesenkt werden sollte und zwar durch Verringerung des Betrages der schwebenden Schuld auf den Stand vom 31. März d. J., also auf rund 272 Milliarden Mark. Die Ueberdeckung dieses Betrages seit dem 31. März sollte abgeändert werden. Nach den Mitteilungen, die uns gemacht wurden, hat Finanzminister Dr. Hermes dem Vorschlag, einer inneren Anleihe auf dieser Grundlage fernsichtlich ausgemittelt und ihn nach Berlin weitergegeben. Auf der anderen Seite soll der Reichskanzler auf Grund der Unterhaltung mit Lloyd George und Schanzer in Genoa geglaubt haben, erwarten zu dürfen, daß von englischer und italienischer Seite in anderer Weise eine Lösung der gegenwärtig schwebenden Reparationsprobleme gefordert und ermöglicht werde. Als Lloyd George bei seiner Durchreise in Paris den englischen Vertreter in der Reparationskommission, Herrn Bradbury, in dieser Richtung informieren wollte, habe dieser auf die mit Dr. Hermes getroffenen Vereinbarungen hingewiesen, so daß weitere englische Bemühungen zwecks Gefens werden. Der Reichskanzler hatte nun hier in den Beratungen des Kabinetts zunächst die Auffassung geltend gemacht, daß das von Dr. Hermes in Paris erzielte Verhandlungsergebnis nicht ohne weiteres vertretbar sei. Am Freitag schien wegen dieser Differenzen der Kanzler zeitweilig sogar an seinen Rücktritt gedacht zu haben. Aus dieser Tatsache darf man schließen, daß die übrigen Kabinettsmitglieder sich nicht ohne weiteres zu einer Deklaration des Vorgehens ihres Kollegen Hermes entschließen konnten. Inzwischen hat aber, soweit wir sehen, die Spannung etwas nachgelassen, und das Kabinett ist sich mit dem Kanzler darüber klar geworden, daß vor der Rückkehr von Dr. Hermes eine endgültige Stellungnahme unmöglich sei. In diesem vorläufigen Ergebnis dürften auch die Vorschläge behauptet haben, die unseres Wissens dem Reichskanzler von den beiden hauptsächlichsten Koalitionsparteien und von einigen hervorragenden Kabinettskollegen erteilt worden sind.

### Hermes über die Pariser Beratungen

Nachdem die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem gewissen Abschluß gekommen sind, reist Reichsfinanzminister Dr. Hermes zusammen mit Staatssekretär Fischer zur Berichterstattung nach Berlin. Vor seiner Abreise erklärte Dr. Hermes vor Vertretern der deutschen Presse, er sei überzeugt, daß die Beratungen mit den Delegierten Englands, Frankreichs, Belgiens, Italiens und Japans manche wertvolle Aufklärung gebracht haben. Die Beratungen seien mit dem Wunsch geführt worden, vor dem 31. Mai zu einer befriedigenden Regelung zu kommen. Sachlich sei über das deutsche Angebot, die Möglichkeit eines Ausgleichs und über die Frage der Finanzkontrolle verhandelt worden. Ueber die dabei aufgestellten Formeln würden Reichskabinett und Reichstag noch zu entscheiden haben.

### Der Zusammenritt des Reparations-Komitees

Am Samstag vormittag ist in Paris das Anleihekomitee zusammengetreten, das die Reparationskommission einberufen hat, um über die Bedingungen zu beraten, unter denen eine Anleihe für Deutschland auf dem internationalen Geldmarkt zu erlangen ist. Das Komitee setzt sich zusammen aus Vertretern alliierter und neutraler Staaten. Erster Vorsitzender ist der belgische Delegierte im Reparationsauschuss Delacroix. Außerdem gehören dem Komitee an: für Japan Sekida, der Finanzattaché bei der Reparationskommission, Sir Noel Blandford von der Bank von England, Direktor Jean, Bankdirektor der Union Parisienne, für Frankreich und Pierpont Morgan für Amerika, Wiering für Holland, und als Vertreter Deutschlands der Direktor der Deutschen Bank, Staats-

sekretär a. D. Bergmann. Das Komitee befaßt sich zunächst mit den Voraussetzungen der Beratungen, von denen man annimmt, daß sie vielleicht längere Zeit in Anspruch nehmen könnten.

In der Abend Sitzung des Reichskabinetts am Dienstag, in der die Beratungen der Regierung vor der Rückkehr von Dr. Hermes einstweilen beendet wurden, ist noch beschlossen worden, dem Reichsfinanzminister nach Paris telegraphisch neue Instruktionen für die letzten Verhandlungen vor seiner Abreise zu erteilen.

### Zum Kampf in der Metallindustrie

#### Einigung in der Frankfurter Metallindustrie

Auch in der Frankfurter Metallindustrie haben die Verhandlungen zu einer Einigung geführt und in der Urabstimmung wurde das Ergebnis der Verhandlungen angenommen. Die Arbeit wird heute Freitag wieder aufgenommen.

Bezüglich der Arbeitszeit ist nach der „Frankf. Ztg.“ eine Fassung angenommen worden, die der in München abgelehnten — abgelesen von einzelnen Wortänderungen — gleich ist. Diese Fassung ist auch in Würzburg vorher angenommen worden. Sie heißt: Die reine Arbeitszeit beträgt in der Woche 46 Stunden. Die Verteilung dieser Arbeitszeit auf die einzelnen Werktage erfolgt unter Einwirkung der betrieblichen Bestimmung im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung. Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung der Arbeiterzeit die Arbeitszeit soweit zu verlängern, daß auch die 48. Wochentunde gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie er für Ueberstunden tariflich vereinbart ist. Die dadurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit ist auf Verlangen der Betriebsleitung in die Arbeitsordnung für die reine wöchentliche Arbeitszeit ohne Einrechnung der Pausen aufzunehmen, abdaum ist der Zuschlag für die 48. Stunde auf die Stundenlöhne umzulagen.

#### Einigung in der bayerischen Metallindustrie

Das Münchener Kabinett in der Metallindustrie ist bei der Urabstimmung der bayerischen Arbeiterzeit mit sehr großer Mehrheit angenommen worden. In München sind im Deutschen Metallarbeiterverband 5239 Stimmen für Annahme und 601 für Fortsetzung des Streiks abgegeben worden. In Nürnberg und Fürth erfolgte die Annahme einstimmig. Die Arbeit wird am Freitag wieder aufgenommen.

#### Einigung auch in Württemberg?

Die Verhandlungen über die Regelung des Metallarbeiterstreiks sind in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag abgeschlossen worden. Ueber sämtliche frögen Fragen wurde eine Verständigung erzielt. Ueber das Ergebnis soll eine Mitteilung der Metallarbeiter erfolgen. Bei Annahme wird die Arbeit am Montag, den 29. Mai, wieder aufgenommen werden.

### Konferenz der Preisprüfungsstellen

Die Vertreter der Landes-, Provinz- und Bezirkspreisprüfungsstellen haben unter Beteiligung der Reichs- und vieler Landesbehörden und unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums am 23. und 24. Mai eine Konferenz in Dresden abgehalten. Die derzeitigen schwankenden wirtschaftlichen Verhältnisse führten zu einer Aussprache, in der die immer schwerer gewordene Aufgabe, unläutere Preisoberoberung ausgemessener zu scheiden, aber auch der feste Wille, sich im Interesse der Volkswirtschaft zu unterziehen, möglichenfalls unter Abänderung der bestehenden Geschäftsbestimmungen zum Ausdruck kam. Sie fand ihren Niederschlag in einer Resolution, in der es u. a. heißt: Eine Abänderung der Preisoberoberverordnung erscheint zuzusetzt nicht wünschenswert. Die gegenwärtige Fassung der Verordnung ermöglicht es, dem Interesse der besetzten Wirtschaft in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Eine etwaige Abänderung hätte sich auf die Verknüpfung einer Bestimmung zu beschränken, die zum Ausdruck bringt, daß Preisänderung nicht vorliegt, wenn der Preis der Waren, insbesondere den unter amtlicher Mitwirkung bekannt gemachten Waren- und Marktpreisen entspricht, sofern nicht durch Warenmangel oder erhebliche Schwierigkeiten Waren in den Markt zu bringen oder durch unläutere Warenqualitäten eine Notlage geschaffen ist. Für den Fall der Notlage und in den Fällen, in denen sich eine Marktlage der Natur der Ware nach nicht bilden kann, bleibt es bei dem Grundsatze der Preisoberoberung nach den individuellen Gestehungsverhältnissen unter angemessener Berücksichtigung der zwischen Einkaufszeit und Verkaufszeit eingetretenen Geldentwertung.

### Schweres Unglück bei der Marine

#### 10 Mann tot

22.5. Berlin, 24. Mai. In der Nacht zum 24. Mai hat in der Nähe von Sahn bei einem Nachtmanöver unserer Schiffe und Torpedoboot eine Zusammenstoß zwischen dem Uinchiff „Dannover“ und dem Torpedoboot S 18 stattgefunden. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Sahn eingelaufen. In treuer Pflichterfüllung haben bei dem Zusammenstoß fünf Torpedomatrosen und fünf Torpedobesatzer den Tod gefunden.

#### Weitere Unglücksfälle

22.5. Schleich bei Köln, 25. Mai. Gestern mittag ereignete sich in der Dünnmühlstraße Schleich bei Köln eine Explosion. Fünf Arbeiter wurden getötet, einer wurde leicht verletzt. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

22.5. Nürnberg, 25. Mai. In der Nähe von Altmühl explodierte das Munitionsbomben, wobei vier Personen schwer verletzt wurden. Eine von diesen ist sofort gestorben. Die Ursache ist anscheinend auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

### Die Anleiheverhandlungen

Am Donnerstag trifft der Reichsfinanzminister Dr. Hermes aus Paris in Berlin ein, um dem Kabinett über die Verhandlungen, die er dort führte, Bericht zu erstatten. Zum erstenmal wieder seit bald zwei Monaten wird dann die Reichsregierung in Berlin vollständig versammelt sein. Eine Zeitlang hatten wir den Zustand, daß drei Teile der Regierung an drei verschiedenen Stellen arbeiteten: der Reichskanzler, der Außenminister und der Wirtschaftsminister in Genoa, der Reichspräsident, der Kanzlerstellvertreter und die meisten übrigen Minister in Berlin, schließlich Reichsfinanzminister Dr. Hermes in Paris. Eine solche Zerreißung der Zentrale kann leicht Anlaß zu Schwierigkeiten geben, besonders, wenn die Kompetenzen nicht überall ganz klar umgrenzt sind. Darum war es höchste Zeit, daß sich die Reichsminister alleamt wieder am Sitze der Regierung zusammenfanden.

Genoa und Kapallo sind rasch, fast vollständig, in den Nebel der Vergangenheit hinabgehunken. Zukünftiges erwartet man aus Paris. Dorthin konzentriert sich die Spannung, dort liegt auch die Quelle möglicher Meinungsverschiedenheiten und Konflikte. Hermes war nach Paris gefahren, um dort die Angelegenheit mit der Reparationskommission ins Reine zu bringen. Diese hatte, wie bekannt, Deutschland für das laufende Jahr gewisse Zahlungserleichterungen ausgedehnt unter der Bedingung, daß Deutschland bis zum 31. Mai 60 Milliarden neuer Finanzkontrolle unterwerfe. Geht Deutschland darauf und auf andere weniger wesentliche Bedingungen nicht ein, dann sollen Zahlungs-erleichterungen und Aufschub nach Ankündigung der Reparationskommission zum 31. Mai aufgehoben werden und Deutschland soll verpflichtet werden, schon im laufenden Jahr den vollen Betrag zu bezahlen, wie er im Finanzdiktat von London vorgegeben ist. Da Deutschland das offensichtlich nicht kann und zweifellos seine Unfähigkeit dazu sofort erklären würde, wäre die Reparationskommission alsdann vor die Aufgabe gestellt, ihren Spruch darüber abzugeben, ob die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands selbst verschuldet sei oder nicht. Käme die Reparationskommission zu dem Spruch, daß ein Verschulden Deutschlands vorliege, dann wäre es nach allgemeiner Auffassung die gemeinsame Aufgabe der Deutschland gegenüberstehenden Vertragsmächte, sich über die Maßnahmen schlüssig zu machen, die gegenüber Deutschland zu ergreifen sind. Boincaré vertritt aber bekanntlich die abweichende Meinung, daß im Falle der Feststellung eines deutschen Verschuldens durch die Reparationskommission jede einzelne Macht, also ganz besonders auch Frankreich, das Recht zu selbständigem Vorgehen bestite.

Man war also offenbar in eine Sackgasse geraten. Die Reparationskommission hatte zunächst Deutschland Zahlungsausschub und Erleichterungen bewilligt, was sie nur durfte, wenn sie davon überzeugt war, daß Deutschland früher und mehr nicht leisten könne. Sie hat trotzdem der deutschen Regierung für die Bewilligung dieses Moratoriums und Provisoriums Bedingungen gestellt, die zu erfüllen unmöglich ist. Wenn nun Deutschland diese Bedingungen nicht erfüllt, dann will die Reparationskommission Deutschland dazu verpflichten, dasjenige zu leisten, wozu sie schon vor Monaten selber anerkannt hat, daß Deutschland es gar nicht leisten kann.

In dieser, von streifen gleichwärtigen Situation erschien die Gewährung einer Anleihe an Deutschland als ein rettender Ausweg. Die Anleihe soll Deutschland die Möglichkeit geben, in den nächsten Jahren seine Reparationen zu bezahlen, womit dem am Rande des Bankrotts stehenden Frankreich nicht wenig geholfen wäre, aber auch Deutschland wäre damit geholfen, weil es zunächst eine Atempause bekäme und seine Wirtschaft für einige Zeit vor den ewig wiederkehrenden Drohungen mit außenpolitischen Krisen geschützt wäre. Eine solche Atempause von einigen Jahren, in der sich die Gemüter beruhigen würden, und man überall lernen würde, die Dinge klarer und nüchterner zu sehen, wäre menschlichem Ermessen nach nichts anderes als der Uebergang zu einer unmittelbar folgenden großzügigen internationalen Aktion zugunsten des allgemeinen Ostenausgleichs. Mit jedem Tag, mit jeder internationalen Konferenz kommt die Welt diesem rettenden Gedanken näher. Zeit gewonnen heißt also in diesem Falle vielleicht wirklich alles gewonnen, und zwar nicht etwa nur für ein einzelnes Volk, sondern tatsächlich für alle.

Darin liegt die ungeheure Wichtigkeit der in Paris geführten Anleiheverhandlungen. Führen sie zu einem ansehnlichen Erfolg, dann ist ein gewaltiges Stück Arbeit für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft getan. Scheitern sie, so geben wir einer neuen Zeit der Unsicherheit entgegen, die wir politisch möglicherweise — es soll nicht prophesiert werden — leidlich überleben könnten, die aber wirtschaftlich zu verhängnisvollen Zuständen führen müßte. Darum muß man den Pariser Anleiheverhandlungen Erfolg wünschen, wenn die Bedingungen, unter denen uns eine Anleihe gewährt wird, einigermaßen erträglich sind.

Darüber darf man sich allerdings nicht täuschen, daß diese Bedingungen naturgemäß wiederum nach zwei schon bekannten Richtungen geben werden. Man wird, von uns



verlangen, daß wir unseren Haushalt in Ordnung bringen, indem wir an den Ausgaben sparen und die Einnahmen erhöhen, und man wird für die gläubiger Sicherheit dafür verlangen, daß sie des Erhalts ihrer Schulden gewiß sein können. Solche Bedingungen können uns prinzipiell nicht fähren, obwohl sie natürlich praktisch so aussehen könnten, daß ihre Annahme nicht möglich wäre. Aber weder können wir uns auf den Standpunkt des Deutschnationalen Serget stellen, der von der Regierung die Erklärung verlangte, sie werde nie wieder neue Steuern fordern, noch können wir jeden Anspruch der Gläubiger, sich über die Sicherheit ihrer Forderungen Klarheit zu verschaffen, für unberechtigt erklären. Schon in der Reichstagsdebatte über die Bedingungen der Reparationskommission hat der sozialdemokratische Fraktionsredner dem deutschnationalen auf seine Forderung erwidert, ein Finanzminister, der versprache überhaupt nie wieder neue Steuern zu machen, werde sich wohl nirgends finden.

Ueber das Ergebnis der Pariser Verhandlungen wird man erst urteilen können, wenn es abgeschlossen vorliegt. Aber wenn Herr Sermet in Paris nicht allzu weitgehende Zugeständnisse gemacht haben sollte, um die Anleihe zustande zu bringen und den deutsch-französischen Bürgerkrieg für ein paar Jahre zu sichern, so würde ihn deswegen von sozialdemokratischer Seite ganz gewiß kein Tadel treffen.

### Wie Deutschland durch den Entente-Militarismus ausgeplündert wird

Die Stadt Düsseldorf hat, wie wir der „Grenzland-Korrespondenz“ entnehmen, beim Reichsfinanzministerium die Rechnung für die Kosten eingereicht, die ihr durch die Besetzung in der Zeit vom 8. März 1921 bis zum 31. März 1922 entstanden sind. Sie belaufen sich auf 66 477 509,72 M. Im einzelnen wurden veranschlagt:

für Unterbringung	17 710 188,71 M.
für festgestellte Schäden	7 982 138,50 M.
für sonstige Anforderungen	5 113 481,56 M.
für Bauten usw.	28 796 804,74 M.
für Unterhaltungskosten	353 221,75 M.
für Verwaltungskosten	2 024 759,59 M.
für Verpflegung auf Soldaten	4 262 432,76 M.
für verschiedene Ausgaben	234 464,11 M.

Diese Summen sind veranschlagt worden, wie sich aus den angeführten Positionen ergibt, nur für Unterbringung, Verpflegung usw., welche zunächst von den in Frage kommenden Entente-Militären vorzulegen sind.

Im „funktionsierten“ Gebiete sind rund 10 000 Mann französische und belgische Truppen untergebracht. Die Garnisonen wurden in den letzten Wochen vergrößert. Zur Zeit des Aufmarsches für die Besetzung des Ruhrgebietes waren etwa 70 000 Mann in dem engen Raum zusammengezogen.

Aus Zeitungsberichten geht hervor, daß auf den Kopf eines Soldaten der französischen Besatzungsarmee am Tage 6,2 Franken an Kosten entfallen, das sind 170—180 M. Die militärischen „Sanktionen“ haben also bisher sicher mehr wie eine Milliarde Mark gekostet und sollen weiterhin täglich etwa 2 Millionen Mark für die bereits veranschlagte Milliarde hätte man in Nordrhein etwa 6000 Wohnungen bauen können! Vor kurzem hat die Besatzungsbehörde von der Stadtwirtschaft verlangt, daß sie die von den Soldaten in den Kasernen benutzten Speisekammern durch solche mit Vollkaffee ersetzen soll. Kostenpunkt 15 Millionen Mark. Es sind in Düsseldorf 120 Automobile zu einem Park zusammengezogen worden. Die Stadt soll dafür eine Halle bauen. Kostenpunkt 5 Millionen Mark. Welchem Zweck sollen diese Automobile übrigens dienen? Auch ein Stadion soll die Stadt für die Truppen bauen.

Die Besatzungsstruppen zahlen für die Benutzung der Straßenbahn 50 A. Andere Leute 3—4 M. Dafür bekommen die Soldaten Krankentransport, für Theaterplätze brauchen nur 50 Prozent gezahlt zu werden. Einige Logen und andere Plätze stehen gratis zur Verfügung, und zwar für Offiziere, welche ein höheres Einkommen haben als deutsche Minister. Im vorigen Jahre mußte das Hotel, das größte und feinste Hotel der Stadt, den Offizieren ein Mittagessen von fünf bis sechs Gängen für 15 M. bezahlen. Die Stadt mußte 32 M. pro Kopf für das Essen draufzahlen. Es kamen mehrere Tausend Essen in Frage.

Eine im Bau begriffene Siedlung der Beamtenwohnungsbaugesellschaft (42 Wohnungen) wurde beschlagnahmt und für

Unteroberflächenwohnungen bereitgestellt. Daselbst geschah mit einer Anzahl von Arbeiterhäusern, die von der Stadt gebaut wurden. Die Reparaturen von Automobilen und anderen Dingen werden nach Bedarf vorgenommen. Viele Firmen wurden besonders schwer betroffen durch die Beschlagnahme von 3400 Quadratmeter moderner Büroräume.

### Vom Wohnungswesen

Der Ausschuss des Reichstages für Wohnungswesen begann Dienstag die Beratung der Vorlage auf Verlängerung der Beschäftigungsordnung, die am 31. Mai abläuft. Der Entwurf der Reichsregierung sieht eine Verlängerung auf zwei Jahre vor. Grundsätzlich enthält die Vorlage nichts Neues, nur die dringendsten Verbesserungen, die sich als notwendig erwiesen haben, stellen eine gewisse Erweiterung der Vorlage dar. Trotzdem wurde der Versuch gemacht, die jetzt geltende Beschäftigungsordnung zu verlängern, angeblich, weil die Zeit für eine gründliche Durchberatung zu kurz sei. Unsere Genossen wandten sich gegen diese Ansicht und erklärten, daß sich das Gesetz bei einigermaßen gutem Willen sehr wohl noch verabschieden lasse. Schließlich trat man in die sachliche Beratung ein, nachdem noch mit allen berechtigten Stimmen der deutschnationale Abgeordnete Schiele zum Verhinderer gewählt wurde. Genosse Dr. David vertrat in der Aussprache den Standpunkt unserer Fraktion und forderte die Erhebung des sozialen Beschäftigungs auf Beschäftigung bis zu 10 Jahren. Die Ratualpolitik dürfe in diesem Rahmen auch nur unter Zustimmung beider Teile vom Einigungsamt eingeführt werden, wenn bisher die Beschäftigung üblich war. Die bürgerlichen Parteien jammerten über die angebliche Not der Verpächter, die in der Beschäftigungsordnung Berücksichtigung finden müsse. Nur der Vertreter des Zentrums nahm sich der Arbeiterinteressen an, wird dabei aber sicherlich noch auf den Widerstand des agrarischen Flügels des Zentrums stoßen.

### Gegen die Gewalt- und Schreckensherrschaft der Bolschewiken

Anlässlich der Beurteilung der Sozialrevolutionäre in Russland veröffentlicht das Auslandskomitee der Sozialrevolutionären Partei einen Aufruf „An das Proletariat aller Länder“. Dieser Aufruf beschäftigt sich einleitend mit der Vorgeschichte, die zu der Anklage führte und weist darauf hin, daß die unzähligen Verbrechen aus allen Ländern und von allen Parteien den Erfolg gehabt haben, daß die Anzahl der Angeklagten von 47 auf 22 herabgesetzt wurde. Andererseits sei nur der Endzweck, der mit der Anklage verfolgt werde, geblieben, denn dieser sei nach wie vor: Gewalt gegen politische Gegner, Rechtfertigung des eigenen Terrors und Vernichtung der sozialistischen Parteien in Russland. Zur Begründung dieser Feststellung wird dann gesagt: Der Bürgerkrieg wurde in Russland im Jahre 1917 durch die Bolschewiken vom Janus gebrochen. Mit bewaffneter Hand führten sie die provisorische Regierung, und sofort begannen sie die Gefängnisse mit Sozialisten zu füllen. Gegen die Sozialisten, die dem bewaffneten, bolschewistischen Umsturz Widerstand leisteten, wurde mit blutigem Terror vorgegangen, und nach vor kurzem (am 8. März 1922) gab Lenin dieses beim Kongress der Metallarbeiter zu, als er im Hinblick auf die Sozialrevolutionäre und die Menschewisten sagte: „Ihr habt uns im November 1917 zum verzweifeltsten Kampf herausgefordert, und darauf antworteten wir mit Terror — mit heftigem Terror.“ In der Zeit waren es die Bolschewisten, die sofort im Jahre 1917 die Lynchjustiz einführen, im Januar 1918 eine proletarische Demonstration zu Ehren der fast ausschließlich sozialistischen Nationalversammlung zusammenzuschließen, die Nationalversammlung selbst in dem Augenblicke auszuscheiden, als sie die Sozialisierung des Adersbonds beschloß und darauf zur und zur einen geordneten, noch nie dagewesenen, kollektiven und individuellen Terror öffneten. Und nun hält dieser Terror mehr als vier Jahre an, alle Parteien — mit den sozialistischen an der Spitze — haben endlose Verzeichnisse der in den bolschewistischen Kollern zu Tode gebrachten, erschossenen, ertränkten oder sonst unglücklichem Mitglieder aufzuweisen. Aber Holzer und Tölen waren nicht die einzigen Verbrechen der bolschewistischen „Tische“. Auch Vergewaltigungen von Frauen, bevor sie erschossen wurden, gebrühen an die üblichen Sitten, Mordmorde an Arbeitern und Bauern, Verdrängung von „Geldern“ zu Kaufleuten, Vernichtung ganzer Dörfer, wie „Koselien“ und „Kamenien“ und „vgl. mehr, falls auf das Schulbuch der Bolschewiken. Diesen fürchterlichen Anklagen glauben die Bolschewiken sich entziehen zu können, nachdem einer ihrer Epigonen ein Schriftstück zusammengestellt hat, aus dem hervorgeht, daß eine sozialistische Partei einen einzigen Bolodorski getötet und einen einzigen Lenin verwundet habe.

Zur Zeit, als die Bolschewiken den Prozess antraten, war es für jeden Mann klar, daß die auf Terror und Bürgerkrieg eingestellte Politik nicht nur verwerflich, sondern auch unwirksam war, und es herrschte weiter kein Zweifel darüber, welches Verbrechen die Inbesitznahme der Gewalt durch die Bolschewiken in Russland ausgeübt hatte. Sie waren zu der betreffenden Zeit gerade im Begriff, gegenüber dem internationalen Kapitalismus weitgehende Konzessionen zu machen, während innerhalb Russlands ein Arbeiter- und Arbeiterkapitalismus großgezogen wurde, der das hungernde, erschöpfte und freigelegte Proletariat ganz verdrängen läßt. Ist der Arbeiterkapitalismus des Westens bekannt, daß trotz des Beschlusses der drei Erklärungen die russischen Kommunisten am 1. Mai den achtstündigen Tag nicht in ihre Forderungen aufnehmen konnten, weil der Reichstag, Knoll und Bierzeckhunderttag bereits besteht? Ist weiter bekannt, daß in Russland jeder Streik verboten ist? daß kein Streik, direkt, indirekt, geheimes und allgemeines Wahlrecht besteht?

Die Arbeiterklasse aller Länder wird aufgefordert, gegen das bolschewistische System, das genügend gekennzeichnet ist, mit aller Entschiedenheit zu protestieren und insbesondere die Verzichtleistung auf den blutigen Terror zu fordern.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 24. Mai. Die Sitzung begann um 11 Uhr vor-mittags.

Das in Genf abgeschlossene deutsch-polnische Abkommen ist dem Reichstage als Vorlage zugegangen.

Das Haus legt die Beratung des Reichswirtschaftsrates und der damit verbundenen Interpellationen fort. Abg. Korrell (Dem.) begründet die Interpellation seiner Partei über die Warenverträge aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet und fragt über die Erleichterung, Verteuerung und Verschärfung des Verkehrs durch den bittoralischen Verkehr der deutschen Stellen des Reichsbeauftragten für die Lebensmittelversorgung der Eins- und Ausfuhr. Gegen die Kontrolle an sich ist, so sagt der Redner, nichts einzuwenden, aber es muß dafür eine wirtschaftliche Notwendigkeit mehr berücksichtigendes Verfahren unter Mitwirkung der Handelskammern und des Wirtschaftsausschusses gefunden werden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt gibt in seiner Antwort zu, daß bei den örtlichen Stellen Mißgriffe vorgekommen seien. Die Zentralstelle wird, so erklärt er, bei Mitteilung der Eingefälle eintreten. Die Kontrolle selbst ist unabweislich, weil die Besatzungsbehörden eine viel zu große Einfuhr von Luxuswaren beschuldigt haben. Die schlimmsten Mißgriffe werden verschwinden, wenn die ganze Angelegenheit erst der Zollbehörde übergeben werden könnte. Die unerwünschte Einfuhr muß durch die Zölle ferngehalten werden.

In der Eingelagerung befragt der Abg. Sartorius (Soz.) die schwedische Geschäftshandlung der Aufhebung der Besatzung. Damit ist die Beratung des Wirtschaftsausschusses erledigt.

Beim Staatsrat des deutschen Reichswirtschaftsrates fordert Abg. Malchow (Komm.) schleunige Einführung des Bezirke-wirtschaftsrates.

Der Haushalt wird hierauf angenommen.

Gegen die ohne Aussprache der Staatsrat des Reichsfinanzministeriums erledigt. Ferner werden ohne jede Debatte die Etats der Reichsfinanzverwaltung, des Reichsministeriums des Innern, des Reichsministeriums des Auswärtigen und des Reichsministeriums des Reichs erledigt.

Nachmittags 3 Uhr verlegt sich das Haus auf Freitag nach-mittag 4 Uhr: Etat des Reichstages, Beschäftigungsordnung und kleinere Vorlagen.

### Das Arbeitsprogramm des Reichstages

Der Reichstages des Reichstages hat in einer Sitzung, an der Reichsminister Dr. Wirth und Minister des Innern Dr. Rathenau teilnahmen, beschlossen, daß der ausstehende Aufruf erst nach der Rückkehr des Ministers Dr. Herms aus Paris, die am Donnerstag nachmittag zu erwarten ist, am Freitag nachmittags und Samstag vormittags abgehalten wird. Am Freitag sollen im Ausschuss vor allem die Pariser Verhandlungen von Dr. Herms und die Konferenz von Genau, am Samstag das Abkommen über Oberschlesien behandelt werden. In beiden Tagen soll im Plenum die zweite Lesung des Etats beendet werden. Die große politische Aussprache im Plenum wird voraussichtlich am Montag und Dienstag der nächsten Woche stattfinden, wobei auch der deutsch-polnische Vertrag über Oberschlesien und der Vertrag mit Dänemark erledigt werden sollen. Am Mittwoch den 31. Mai soll die dritte Lesung des Etats im Plenum stattfinden.

### 23 000 Petitionen

Wieder ist dem Reichstag ein neues Verzeichnis und zwar das 18. der eingelaufenen Petitionen überreicht worden. Im

### Die Islandfischer

Von Pierre Loti  
(Fortsetzung.)

„Sie ist ein bißchen alt, seine Liebste“, sagten die Kameraden zwei Tage später, als sie Sylvester lachend nachsahen; „schadet aber nichts, sie scheinen sich trotzdem ganz gut zu verstehen.“

Es mochte ihnen Spaß, Sylvester zum erstenmal mit einer Frau am Arm spazieren gehen zu sehen, zu welcher er sich liebevoll herabneigte, als sagte er ihr eben etwas recht Liebes und Herzliches. Und die alte Frau blühte voll Jählichkeit zu ihm auf. Trotz ihres gekrümmten Rückens war sie noch recht rüstig; für die eben herrschende Mode war ihr Rock etwas kurz; sie trug ein altes braunes Schawl und die Paimpolder Haube.

„Wahoh, ein bißchen sehr alt, die Herzallerliebste!“  
Es war das ein gutmütiger Spot, denn jeder sah, daß es eine gute alte Großmutter vom Lande war.

In großer Angst und Eile war sie hergerannt, auf die schreckliche Nachricht hin, daß ihr Enkel in den Krieg müßte. Hatte der Krieg mit China doch schon manchen Matrosen von Paimpol das Leben gekostet!

Die Großmutter hatte in aller Eile ihre armseligen paar Sprößlinge zusammengepackt, ihr Sonntagkleid und eine feine Haube in eine Pappschachtel gepackt und war nach West gereist, um ihn noch ein letztes Mal zu umarmen. Sie hatte sich geradewegs nach der Kaserne durchgesetzt, der Adjutant seiner Kompanie wollte aber keinen Urlaub zum Ausgehen bewilligen. „Suchen Sie beim Hauptmann darum nach, gute Frau“, sagte er, „daß geht er eben vorüber.“

Sie folgte dem Rat augenblicklich und der Hauptmann ließ sich erweichen.  
„Man soll sich zum Ausgehen anziehen“, befahl er.  
Sylvester nahm immer vier Treppe auf einmal, so eilig hatte er es mit der Ausführung des Befehls. Die Großmutter hauchte über sein hübsches Aussehen, als er wieder erschien. Wie gut stand ihm der Staatsanzug mit dem weit offenen Kragen, und von seiner Miße flatterten lange Bänder, die an ihren Enden goldene Anker trugen; auch war Sylvesters schwarzer Bart jetzt spitz geschnitten. Einen Augenblick hatte sie sich eingeholt ihren Sohn Pierre wieder erscheinen zu sehen, der vor zwanzig Jahren als Matrosenwächter bei der Marine gebürtig war; und der Gedanke an all den Kummer und die Todesfälle, die sie in diesen zwanzig Jahren erlebt, legte sich

wie ein Schatten auf diese glückliche Stunde. Doch verschonte sie alle traurigen Gedanken und gab sich der Freude hin, am Arm ihres schmunzelnden Enkels spazieren gehen zu dürfen.

Sylvester führte sie zunächst zum Essen in ein Resthaus, dessen Inhaber aus Paimpol stammte und wo es nicht teuer war. Darauf geigte er ihr die Stadt; er führte sie beständig und ließ sie alle Herrlichkeiten der städtischen Bäder bewundern. Dabei erzählte sie ihm alle lustigen Geschichten, welche sich seit seiner Einberufung zugetragen hatten, und da sich die beiden im bretonischen Dialekt unterhielten, störte kein fremdes Ohr ihre Vergnügen.

Drei Tage blieb die Großmutter in West, drei unerschöpfte Festtage, vor deren „hermisch“ ihr gaunte, und auf die sie später wie auf eine Unadentritt zurückblieb.

Endlich mußte sie aber doch wieder nach Moubaglaner zurück — ihr bißchen Geld war zu Ende. Sylvester mußte sich an übernatürlichen Wegen einschleichen und die Matrosen werden an solch leichten Tagen an Land unerbitlich streng im Quartier gehalten. Diese Maßregel mag zwar auf den ersten Blick etwas hart erscheinen, entspricht aber der notwendigen Vorsicht gegen die mannigfachen Ausschreitungen, zu welchen die Seeleute vor der Abreise besonders geneigt sind.

O dieser letzte Tag! Die gute Alte suchte in ihrem Gedächtnis kämpfend nach Dingen, die ihrem Sylvester Begegnungen bereiten konnten zu hören, es wollte ihr aber absolut nichts Lustiges mehr einfallen, die Tränen fließen ihr immer wieder auf und sie wagte das Schicksal nicht. Seit langem war in seinem Mantel und gab ihm kausend gute Ratsschläge, wobei auch ihm das Weinen ankommen wollte. Und als Letztes traten sie in die Kirche, um noch einmal zusammen zu beten.

Darauf gingen sie zum Bahnhof, denn die Großmutter mußte mit dem Abendzug fort. Sylvester trug ihre Pappschachtel und führte sie fest mit seinem starken Arm, denn die arme Alte war müde, sehr müde. Sie war in den letzten Tagen immerfort auf den Füßen gewesen, jetzt konnte sie aber nicht mehr; der gekrümmte Rücken hatte nicht mehr die Kraft sich aufzurichten, er trug zu schwer an der Last seiner sechsundsechzig Jahre. Der Gedanke daran, daß sie sich in wenigen Minuten von ihrem einzigen kranken Enkel, der sich jetzt nach China, würde zur schwachen Hände seinen Arm umflummert, aber bald würde man sie auseinanderreißen — er mußte fort nach China, wurde zur Schicksalsbank geschickt und wieder sein harter Wille, noch ihre Tränen und Verzweiflung vermochte ihn zurück zu halten. Krampfhaft hielt sie in einer Hand die Fahrkarte, während die andere ihr Schwarmkörbchen und die Halbhandschuhe umklam-

erte; in zitternder Erregung legte sie ihm noch dies und das ans Herz, was er mit keiner Stimme alles zu halten versprach, indem er sein Gesicht mit den guten treuen Augen so nahe an dem ihrigen hielt, wie er als Kind getan.

Der Zug brauste heran, die arme Frau dachte aber gar nicht ans Einsteigen.

„Vorwärts, Alte, wenn Ihr mit wollt!“ fuhr sie der Schaffner an. Erbroden rief sie Sylvester die Pappschachtel aus den Händen, um die gleich darauf fallen zu lassen und ihn ein letztes, allerletztes Mal zu umarmen.

Neugierige Gesichter schauten aus den Wagenfenstern, kein einziges aber verzog sich zum Lächeln über diese Abschiedsszene. Verwirrt und in Angst darüber, nicht mehr mit zu kommen, stürzte sie in die erste beste offene Wagentür, geschoben, gestoßen, erschöpft, und mit einem Knall ward die Tür hinter ihr zugeschlagen. Sylvester stürzte davon, um außerhalb des Bahnhofs an die Barriere zu kommen, wo er sie vielleicht noch einmal erblicken konnte. Von der Wagentüre erhob sich ein schriller Pfiff, die Näher griffen ineinander und der Zug setzte sich in Bewegung.

Draußen an der Barriere stand Sylvester; hoch schaute er seine Miße mit den flatternden Bändern. Und die Großmutter sah ihn. Sie machte ihm ein Zeichen, daß sie ihn bemerkt, hielt ihr Gesicht an die Scheiben gepreßt, damit sie die geliebte dunkelblaue Gestalt noch länger sehen könnte, und murmelte „auf Wiedersehen, auf Wiedersehen!“ Wie vielen liebenden Seelenen wird dieser Wunsch zugezogen, und wie wieviel sicher ist es, ob er sich erfüllte!

Ja, sich dem einen Sylvester nur nach, so lange da nur noch einen Schatten von ihm zu erblicken meinte, da arme alte Frau, denn auch noch der Schatten muß die geronnenen ... Als sie aber gar nichts mehr von ihm sah, überkam sie eine wahre Todesangst; sie sank auf die Knie zurück, und ohne Worte, darauf zu neigen, daß sie die sonstigig gekörnte Haube zerfütterte, drach sie an lautes Schluchzen aus.

Langsam machte sich Sylvester auf den Rücken; er schritt mit gekrümmtem Kopf dahin und große Tränen fließen ihm über die Waden. Die frühe Herbstnacht sank herab, überall war schon das angezündet, und in den Klotzfenstern ging es laut her. Sylvester sah aber weder rechts noch links, und merkte kaum, daß ihn fremde Dinnen anredeten. Er schritt wie betäubt einher, bis er die Kaserne erreichte. Dort wartete er sich in seine Hingemotte und weinte die ganze Nacht hindurch; erst als der Morgen kam, schlammerte er ein.

(Fortsetzung folgt.)



Ganzen sind jetzt beim Reichstag 23 075 berichtigte Briefchen eingegangen. Den weitaus größten Teil, zum mindesten 75 Prozent, nehmen die Gesuche in Beamten- und Pensionsangelegenheiten und ferner die Wünsche einer ganzen Anzahl von Gemeinden um Verleihung in eine höhere Ortsklasse ein.

Berlin, 24. Mai. Dem Reichstag ist vom Reichsjustizministerium der Entwurf eines neuen Gesetzes über die Entschädigung der Schiffs- und Gewerkschaften und Vertrauenspersonen eingegangen. Der Entwurf sieht vor, daß eine angemessene Entschädigung für den durch Dienstleistungen entstandenen Verdienstausfall und den mit den Dienstleistungen verbundenen Aufwand, sowie Ersatz der Nachteile gegeben werde.

## 12. Verbandstag der südwestdeutschen Konsumvereine

gr. Karlsruhe, 25. Mai.

Am dies geschloßten Eintragsstunde zu Karlsruhe begannen heute nachmittag 2 Uhr die Verhandlungen des Verbandes der südwestdeutschen Konsumvereine. Den Vorsitz führten Hermann-Frankfurt und Weisner-Mannheim. Neben zahlreichen Gästen als Vertreter von Behörden und Korporationen waren 155 Himmelsberedigte und 82 nichtstimmberechtigte, also insgesamt 237 Delegierte anwesend. Vertreten sind: Baden, Pflanz, Hessen, Nassau, Mecklenburg, Saargebiet und Westfalen.

In seinem Geschäftsbericht weist Verbandsdirektor Weisner auf die Hemmung hin, die der Vertrag von Versailles dem deutschen Wirtschaftsleben bringt. Der Werteverfall des Lebens- und Bekleidungsartikels wird durch die furchtbare Geldentwertung hervorgerufen. Eine Werteverminderung bringt die andere, daß so lange weitergeht, bis die Weltmarktpreise billiger sind als die Inlandpreise, wie wir es schon bei verschiedenen Gelegenheiten erlebt haben.

Der Einsteins-Film. Vor vierhundert Jahren ist es her, seit Kopernicus seine Schrift „De revolutionibus orbium coelestium“ vollendete, in der er bekanntlich den Nachweis brachte, daß nicht die Erde im Weltall um die Sonne kreist, sondern die Sonne, und doch ist es in der Sprache aller Völker der Welt noch heute wie zur Zeit des Ptolemäus: „Die Sonne geht unter, die Erde geht auf.“

Man hat die wissenschaftliche Bedeutung der Lehre Einsteins, des großen deutschen Mathematikers unserer Zeit, oft mit der Bedeutung der kopernikanischen Entdeckung verglichen. Dieser sind die Begriffe des mittelalterlichen Astronomen einseitiger und darum dem allgemeinen Verständnis zugänglicher als die Theorien Einsteins. Und doch haben Einsteins das Ohr der Menschheit leichter als seiner Zeitgenossen. Sein Name ist weit über den Kreis der sogenannten Gebildeten hinaus in die Kreise aller, und jetzt hat sich sogar der Pöbel, dieser große Barbare seiner angenommen, um den Wissensdurst der gan-

zu befriedigen. Der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher muß kürzer werden. Wir müssen auf geschäftlichen Wege die fortgeschrittene Verteuerung zu verhindern suchen. Zwischen Stadt und Land muß Verständis geschaffen werden. Es muß mit der Meinung gebrungen werden, als ob alle Forderungen der Landwirtschaft wieder seien. Aber auch die landwirtschaftlichen Forderungen müssen ihre Grenzen haben. Wir dürfen bei allen nicht den Blick für das Nötigere verlieren: Neue Wirtschaftssysteme für die Gütererzeugung herbeizuführen. Je härter wir finanziell sind und je besser wir organisiert sind, umso stärker können wir die Interessen von Stadt und Land wahren. (Beifall.)

Ueber die Tätigkeit des Verbandes berichtet Verbandsdirektor Weisner-Ludwigshafen. Die Zunahme der Mitglieder hat gegenüber dem Vorjahre nicht stand gehalten. Trotzdem hat der Südwestdeutsche Konsumverband am besten im Zentralverband abgeschrieben. Die Vorstandsmitglieder der Konsumvereine sind mit Arbeit überlastet. Darunter leidet die Propaganda. Wir müssen nach neuen Formen der Organisation und der Propaganda suchen. Die Preisbewegung hat unser Wirtschaftsleben so stark beeinflusst, daß der Umsatz auf gehört hat, Gradmesser der Entwicklung zu sein. Der Warenhandel der Betriebsräte und Gewerkschaften hat nicht fördernd gewirkt auf die Kräfte, die in der Konsumvereinebewegung zusammengelassen sind. Die Gewerkschaften haben darunter gelitten. Man hat deshalb den Warenhandel der Betriebsräte und Gewerkschaften abgelehnt. Die Gewerkschaften sollten mit derselben Intensität, mit der sie früher den Warenhandel förderten, jetzt die Konsumvereinebewegung stützen. Bei der Kartoffelversorgung sind die Konsumvereine die gegebenen Vertreter der Verbraucher. Die längere Zeit bestehende Zollgrenze am Rhein hat einzelnen Konsumvereinen starke Schwierigkeiten gebracht. Im Gebiet des Reichsverbandes, das sich von Südbaden bis über den Rhein erstreckt, wurden im letzten Jahr 72 Revisionen vorgenommen. Dringend notwendig ist es den neuen Konsumvereinen beratend an die Hand zu geben.

Es folgt die Diskussion: Ober-Darmstadt wünscht überzogene Konsumvereine und regt die Schaffung von Konsumvereinsräten an. — Schneider-Saargebiet gibt Ausführungen über die Saarländer Konsumvereine und wendet sich gegen die Vergewaltigung der Eigenproduktion durch Vermittlung der G.E.G. ein. — Verbandsdirektor Weisner erklärt in seinem Schlusswort, daß von den Mitgliedern keine Opfer gewünscht werden, sondern nur verlangt wird, daß alles im Konsumverein gekauft wird, weil dort erfahrungsgemäß billiger gekauft wird. Die Produktionsbetriebe der G.E.G. haben z. B. ausverkauft. Wir müssen das wirtschaftlich Gegebene ausnützen. Wir müssen einen festen Grund für die Eigenproduktion schaffen. Hiernach wird die Eintragung des Verbandes in den Zentralverband genehmigt. Der Vorstand für das Verbandsdirektorium wird genehmigt. Dem Vorstand für die Leitung, die zu erhebenden Einheiten auf 13 für den Verband und 3 für den Zentralverband festzusetzen, wird angenommen.

Hiernach verlegt sich die Versammlung auf Freitag früh 4 1/2 Uhr.

## Badische Politik

### Die Wegführung von Möbeln aus dem Mannheimer Schloß

Im Haushaltsausschuß des Landtags kamen am Montag nachmittag die von den Abgeordneten Strobel und Engelreich Interpellationen zur Verhandlung, über welche die Presse bereits berichtet hat. Der Finanzminister erklärte, daß das Mannheimer Schloß Eigentum des badischen Staates sei und daher auch die Möbel dem Staat gehören. Die Stücke hätten auf dem Speicher des Mannheimer Schloßes gelegen, seien älterer Garnitur und besäßen keinen künstlerischen Wert mehr. Für die „Fähringer Hof“ in Baden benötigte man aber 80 Stühle, die man für dieses dem Staat gehörige Hotel die Wegführung zu stellen habe. Es wäre sonst dem Staat ein Aufwand von rund 100 000 M. entstanden. Die übrigen Stücke seien für den Erfrischungsaum des Landtags bestimmt; aber dessen Einrichtung werde an der Konstanten scheitern. Der Thronstuhl sei bereits früher im Bundeshof Schloß gewesen und

an Welt zu stellen, indem er für die neue Lehre von der Relativität aller Maßbestimmungen beanspruchte.

In dem auch in unserer Stadt in den Badischen Lichtspielen am Mittwoch und Donnerstag zur Vorführung gelangten Film „Die Grundgesetze der Relativitätstheorie“ wurden uns mit vollkommen neu geschaffenen Darstellungsformen Begriffe so bildlich stärker anschaulich gemacht, zu denen ihre geistigen Schöpfer nur durch Aufstellung neuer mathematischer Formeln und durch rein gedankliche Berechnungen gekommen sind. Wenn bisher a. B. jeder Mensch den Zeitablauf als etwas selbstverständliches Etwases und Feststehendes ansah, hier im Film wurde ihm die Relativität des Zeitablaufs so klar gemacht, daß ihm fortan die „irdische“ Minute einestwegs mehr als die „Minuten an sich“ gilt.

In einem Bildstreifen von 2000 Metern Länge, auf dem sich vor unseren Augen nicht weniger als 85 000 Bilder abrollen, wurde uns eine genaue Darstellung des Weges zur speziellen Relativitätstheorie gegeben. Am ersten Teil erklärte uns der Film ganz allgemein die Begriffe der Relativität und des „Bezugssystems“, im zweiten führte er uns ein in die Probleme des Lichts und des Weltäthers, des Trägers der Lichtschwingungen, im dritten und vierten ist der Versuch gemacht, für das Verständnis der Einsteinschen Erklärung und Problemlösung Verständnis zu erwecken.

Es ist nun keineswegs ein leicht verständliches Werkbuch, was uns da gezeigt wurde, auch kein Spielfilm, wenn er auch mit einem solchen den vorwärtsdringenden Bau gemeinsam hat, vielmehr beanspruchte die Vorführung von dem Besucher die stärkste Aufmerksamkeit für die wissenschaftlichen Erklärungen, die der Film beibringt und die Herr Dr. Salbus in Berlin nach. Der mathematisch einigermassen Vorgebildete wird sich leichter in die Probleme einfinden lassen als der Laien, aber auch dieser nahm bei einiger Aufmerksamkeit mit mindestens die Klarstellung einiger angedeuteten Begriffe mit nach Hause, die ihm eine wertvolle Handhabe bieten, wenn er sich weiter mit dem Thema beschäftigen will.

Kopernicus und Einsteins! Welch ein Wandel der Zeit dokumentiert sich allein in der verschiedenartigen Aufnahme ihrer Lehre. Damals zeichnete die Kirche ihre warnenden Kreuze auf die Köpfe der Gelehrten und verbot, sie so dem Wissen der Zeit. Heute wird eine neue wissenschaftliche Theorie durch Hunderte von populären Schriften und Zeitungsartikeln rasch zu einer Alltagsparole, und erst dem Film, dem Wunder der modernen Technik, bleibt es, wie im Falle der Lehre Einsteins, vorbehalten, einen klaren Begriff daraus zu machen.

solle zu dem Jubiläum des dortigen Schloßes wieder dort hin kommen. Nicht mitten in der Nacht seien die Möbel nach Karlsruhe abgeholt worden, sondern morgens um 7 Uhr. Das Finanzministerium konnte sich zu seinem Vorgehen für berechtigt halten.

In der Aussprache vertrat ein sozialdemokratischer Redner aus Mannheim die Ansicht, daß die Aufregung in Mannheim berechtigt und verständlich sei, denn man habe die Möbel weggeführt, ohne den Oberbürgermeister in Kenntnis zu setzen. Die Möbel seien von jeher in Mannheim gewesen und sie müßten auch wieder dort hin kommen. Verständig man sich nicht, gehe es keine Ruhe in Mannheim. In diesem Falle könne sich die Regierung nicht drehen und die Kraft zwischen Mannheim und Karlsruhe würde sich erweitern. Auch ein demokratischer Vertreter erklärte, die Aufregung in Mannheim solle man nicht unterschätzen; man habe früher dem Oberbürgermeister die Aufgabe gegeben, ohne ein Einverständnis mit ihm wird nichts weggeführt. Man ist faktisch ungeschickt vorgegangen. Auf die Sozialinteressen hätte man Rücksicht nehmen sollen. Ein Ausweg muß gefunden werden. — In ähnlichem Sinne äußerte sich ein Mannheimer Vertreter des Landtages.

Die anderen Sprecher bogogen, auch zwei sozialdemokratische und ein unabhängiger, stellten sich auf den Standpunkt des Finanzministeriums. Es sei kein Grund zur Aufregung in Mannheim vorhanden. Die meisten Mannheimer kümmerten sich gar nicht darum, ob diese alten Stücke im Mannheimer Schloß oder anderswo wären. Sie jetzt wieder nach Mannheim zurückzubringen, sei unter keinen Umständen angehtig. Der Staat wäre schlecht beraten, wenn er mehr als 100 000 M. für neue Stühle (für den Fähringer Hof) ausgeben würde, wenn er diesen Betrag durch Entnahme von ungebrauchten Stühlen in den Schloßern sparen könnte. Man hätte bei der Wegführung anders vorgehen können, aber schließlich ist das Vorgehen des Finanzministeriums nicht zu beanstanden. Allgemeine Interessen könne man nicht ohne weiteres einer Stadt opfern. Zudem sei man auf die Zusammenarbeit zwischen Staat und Stadt angewiesen. Auch die Vorwürfe gegen den Ministerialrat Hirsch seien unangehtig, er habe nur die ihm gebenden Anweisungen ausgeführt. Damit war die Aussprache erledigt und der Gegenstand wurde verlassen.

### Die Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen

Die wachsende Not dieser Beamtengruppen kam bekanntlich in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses zur Sprache. Der Finanzminister erklärte, daß der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ruhegehaltsgesetzes fertig gestellt sei und bereits dem Staatsministerium vorgelegt. Zweck des Entwurfs sei die Angleichung an die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 7. April 1922, wonach den Beamten im Ruhestand und den Beamtinnen Hinterbliebenen nach der für die Beamten im Dienste geltenden Vorschriften zu gewähren und die Zusatzleistungen für die Ruhegehaltsbeamten in derselben Weise zu berechnen sind. Allerdings mit der Maßgabe, daß sie mindestens die Hälfte des Betrages ausmachen müssen, der sich ergibt, wenn der Ruhegehalt aus dem Ruhegehalt und dem Dienstverdienst zusammen gerechnet wird. Diesen Mindestbetrag erhalten die Beamtinnen als Zusatzleistungen.

Den größten Teil der aus dieser Regelung sich ergebenden Erhöhung der Bezüge haben die Ruhegehaltsbeamten und die Beamtinnen in Form von festschreibenden Beschlüssen bereits erhalten. Da es aber dringlich nötig ist, auch die Restzahlungen sofort vollziehen zu lassen, ohne Rücksicht darauf, daß das Gesetz selbst dem Landtag noch nicht vorliegt. Abgesehen davon, daß die Ruhegehaltsbeamten und die Beamtinnen schließlich darauf warten, endlich in den Besitz der Nachzahlungen zu gelangen, ist diese sofortige Erledigung auch deswegen nötig, weil die Regelung der Bezüge auf 1. April und 1. Mai 1922 sich darauf abbaute.

Da sich das neue Gesetz eng an das Reichsgesetz anschließt und da zu erwarten ist, daß es in wenigen Tagen im Landtag beraten und erledigt werden kann, erteilte der Haushaltsausschuß die erbetene Ermächtigung. Der Finanzminister erbat ferner die Zustimmung des Haushaltsausschusses dazu, den Ruhegehaltsbeamten und den Beamtinnenhinterbliebenen auf die Erhöhung auf 1. April und 1. Mai Vorzuschüsse zu tätigen, weil die einschlägige Festsetzung und Anweisung dieser Erhöhungen immerhin einige Wochen im Anspruch nehmen wird. Die Vorzuschüsse können nach dem jetzigen Stand der Dinge Anfang des Monats Juni ausbezahlt werden. Der Haushaltsausschuß hat auch diese Ermächtigung erteilt.

### Die Titelfrage der Beamten

wird in öffentlichen und privaten Kreisen viel besprochen, da die neue Besoldungsordnung darin etwas zuziel gelien. Natürlich auch im Haushaltsausschuß, weil an ihn dieses Geschehen um Verleihen anderer oder „höherer“ Titel gelangen. Er ist der Titelfrage durchaus abhold; anders würde er sie beurteilen müssen, wenn die Titel lediglich verlangt, um höhere Einstufungen in der Besoldungsordnung zu erreichen. Der Verein höherer Beamten ist an die Regierung herangetreten mit dem Ersuchen, den Titel: Oberamtmann umzuändern in Landrat, den Titel: Amtmann in Regierungsrat. Einige Stadverwaltungen haben den Titel Amtmann auch städtischen Beamten verliehen. Der Haushaltsausschuß, der sich am Freitag damit zu befassen hatte, nahm mit 11 Stimmen gegen 3 Stimmenthaltungen einen Antrag an, daß die Gemeindeverwaltungen und sonstige öffentliche Körperschaften Titel, welche den Staatsbeamten zukommen, nur mit Genehmigung des zuständigen Ministeriums verliehen dürfen. Die Zustimmung habe, wie die neue Besoldungsordnung, ab 1. April 1920 zu gelten. Die Regierung wird ersucht, mit anderen süddeutschen Regierungen in Verbindung zu treten. Der Minister des Innern erklärte sich damit einverstanden; dem Vorsitzende der oberen Beamten könne er nicht beitreten. Mitglieder des Haushaltsausschusses bemerkten noch, mit dem Titel Landrat anstelle des Oberamtmanns finde sich die badische Bevölkerung nicht ab; es müsse bei diesem alten, eingebürgerten Titel verbleiben. Die Sozialdemokratie sagte, sie habe nur dann Verständnis für das Verlangen nach anderen Titeln, wenn eine Schädigung des Einkommens durch den bisherigen Titel für die betr. Beamtengruppe verbunden sei. Der Titel fucht rede sie nicht das Wort, aber die Beamten dürften nicht geschädigt werden, wenn sie lediglich durch eine Titeländerung ein höheres Einkommen erzielen könnten.

### Gemeindepolitik

Freiburg, 22. Mai. Die Besuchergister der höchsten Anwesenheit im laufenden Sommersemester beträgt nach dem Endergebnis der 3. Inmatrikulation 3651 Studierende. Am verflorenen Wintersemester wurde die Hochschule von 3138 Studenten besucht. — Die Wahl der Freiburger Bürgermeister, einschließlich derjenigen des Oberbürgermeisters, findet voraussichtlich am 12. Juni statt.







Folgen des Stoffs. In den letzten beiden Nächten...

Unfall. Beim Streichen einer Decke fiel ein 27 Jahre...

Valuta-Bericht vom 24. Mai Die Mark notierte heute in der Schweiz...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Mai

Wasseroberstand des Rheins Schuttschiff 300, gest. 5; Stroh 375; Magau 571, gest. 1;

Kleine badische Chronik

n. Gerhausen, 25. Mai. Beim Baden in der Pfingst...

Schwabingen, 24. Mai. Vermittelt wird seit Freitag...

Mannheim, 24. Mai. Auf dem Hauptbahnhof wurden...

Mannheim, 24. Mai. 10.000 M Belohnung hat die...

St. Blasien, 24. Mai. Schwere Unfall. Heute früh wurde...

ein Teil der Mauerwand des Hauses, zertrümmerte das...

Letzte Nachrichten

Lloyd Georges Berichterstattung über Genua

London, 25. Mai. Lloyd George hielt heute im Unterhaus...

Lloyd George erwähnte dann die Haager Konferenz und...

sei, würde die Lage in Europa zu besprechen sein. Wenn Haag...

Explosionskatastrophe

Aus Luma bei Wien wird ein Brand in der Munition...

Briefkasten der Redaktion

W. O. Weingarten und andere Metallarbeiter. Wir be...

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Ar...

Rechtsvereinsangeiger

Rechtsvereinsangeiger. Bei 5 und mehr Stellen...

SUNLICHT SEIFE ist unentbehrlich für Wäsche und Bad. Das Achteckstück für den Waschtisch. Das Doppelstück für das Waschfest.

Erhöhung der Preise für rationiertes Brot. Anfolge Erhöhung der Aufschläge für die Wäcker...

Unsere Tages- und Abendkurse beginnen am 1. und 15. jeden Monats. Näh- und Zuschneideschule Morlock, Marienstr. 45.

Quarkabgabe: In der Stadt Metzger, Bahnhofsstraße 3, wird...

Arbeitsamt (Weglarbeitsnachweis). Unentgeltlicher Stellennachweis für gelernte...

Bruchsaler Anzeigen. Konsum-Verein für Bruchsal u. Umgegend e. G. m. b. H. Einladung zu der am Sonntag, den 28. ds. Mts., nachmittags...

Wagernmilchabgabe betr. In einigen anderen badischen Städten soll...

Baden-Baden. Brot und Mehl für die Zeit vom 29. Mai bis...

General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht...



